

## Stenografischer Bericht

– öffentlich –

20. Sitzung der Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“

23. April 2018, 10:00 bis 10:25 Uhr

### Anwesend

Vorsitzender Abg. Jürgen Banzer

*ordentliche Mitglieder:*

*stellvertretende Mitglieder:*

### CDU

Abg. Dr. Walter Arnold  
Abg. Lena Arnoldt  
Abg. Christian Heinz

### SPD

Abg. Handan Özgüven  
Abg. Heike Hofmann  
Abg. Norbert Schmitt  
Abg. Marius Weiß

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Frank-Peter Kaufmann  
Abg. Karin Müller (Kassel)

### DIE LINKE

Abg. Dr. Ulrich Wilken

### FDP

Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

Dr. Tobias Kleiter	(Fraktion der CDU)
Dr. Philipp Donath	(Fraktion der SPD)
Sabrina Staats-Kriszeleit	(Fraktion B90/DIE GRÜNEN)
Kim Abraham	(Fraktion DIE LINKE)
Guido Kosmehl	(Fraktion der FDP)

**Landesregierung:**

Name – bitte in Druckbuchstaben –	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Wallmann, Walter	Präs.	HRH
Erdem, Haug	RD	HRH
Scharf, Carsten	RR	HRH
Dr. Wagner, Tobias	RR	HMdIS
Dr. Helwig, Richard	RiLG	HMdZ

**Ständige Sachverständige:**

Prof. Dr. Joachim Wieland  
 Prof. Dr. Dr. Martin Will

**Ständige Beratende Mitglieder:**

Name	Vorname	Institution	Anwesenheit durch <input checked="" type="checkbox"/> bestätigen
Hilligardt	Prof. Dr. Jan	Hessischer Landkreistag	<input checked="" type="checkbox"/>
Dieter	Dr. Jürgen	Hessischer Städtetag	<input checked="" type="checkbox"/>
Maier	Daniela	Hessischer Städte- und Gemeindebund	<input checked="" type="checkbox"/>
		DITIB - Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion Landesverband Hessen	<input type="checkbox"/>
		Hessischer Jugendring	<input type="checkbox"/>
		Hessischer Richterbund	<input type="checkbox"/>
		Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen	<input type="checkbox"/>
		NABU - Naturschutzbund Deutschland Landesverband Hessen	<input type="checkbox"/>
Schenk	Sylvia	Transparency International Deutschland	<input checked="" type="checkbox"/>
Dulige	Jörn	Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung	<input checked="" type="checkbox"/>
Hardegen (Justiziar im Ev. Büro)	Sven		<input checked="" type="checkbox"/>
Götting	Dr. Friedemann	Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern	<input checked="" type="checkbox"/>
Kannegießer	Birgit	Deutscher Beamtenbund und Tarifunion (dbb) Hessen	<input checked="" type="checkbox"/>
Södler	Norbert	Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hessen	<input checked="" type="checkbox"/>
		Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern	<b>Absage</b>
da Silva	Alexandre	DGB-Bezirk Hessen-Thüringen	<b>Absage</b>
Domnick	Thomas	Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.	<b>Absage</b>

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Institution</b>	<b>Anwesenheit durch <input checked="" type="checkbox"/> bestätigen</b>
Feuchthofen	Jörg E.	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände Landesgeschäftsstelle	<b>Absage</b>
Landau	Prof. Herbert		<b>Absage</b>
Müller	Dr. Rolf	Landessportbund Hessen	<b>Absage</b>
Pax	Dr. Wolfgang	Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen	<b>Absage</b>
Schmal	Karsten	Präsident Hessischer Bauernverband	<b>Absage</b>
von Boehm-Bezing	Carl-Ludwig	Freies Deutsches Hochstift Frankfurter Goethe-Museum	<b>Absage</b>
Wolff	Prof. Dr. Birgitta	Präsidentin Goethe-Universität Frankfurt am Main	<b>Absage</b>

Protokollierung: RDir'in Michaela Öftring  
Iris Staubermann

**Inhaltsverzeichnis:****Punkt 1:**

**Beratung und Beschlussfassung über den Abschlussbericht** **S. 6**

**Punkt 2:**

**Verschiedenes** **S. 11**

**Punkt 1:****Beratung und Beschlussfassung über den Abschlussbericht**

**Vorsitzender:** Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen und eröffne die 20. Sitzung der Enquetekommission. – Ich habe Ihnen zunächst zu berichten, was nach unserer letzten Sitzung am 27. November 2017 geschehen ist. Die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP haben gemeinsam die 15 von der Enquetekommission vorgelegten Vorschläge zur Änderung der Landesverfassung in den Landtag eingebracht. Die Vorschläge wurden dort im Dezember in erster Lesung behandelt und sind – ich glaube, das kann man sagen – positiv aufgenommen worden. Zudem wurden vier weitere Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung von einzelnen Fraktionen eingebracht.

In dieser Woche findet die zweite Lesung aller Gesetzentwürfe statt. Voraussichtlich werden die Gesetze zur Änderung der Verfassung im Mai oder Juni verabschiedet. Damit wäre eine zeitgemäße Verabschiedung im Hinblick auf den Abstimmungstag gewährleistet. Die Volksabstimmung würde gemeinsam mit den Landtagswahlen stattfinden.

Nach der Verabschiedung der Gesetze zur Verfassungsänderung wird der Landtag eine Kampagne zur Information der hessischen Bürgerinnen und Bürger über die bevorstehende Abstimmung zur Änderung der Verfassung beginnen. Zudem soll von den Fraktionen konkret eine Informationsbroschüre erstellt und zusammen mit den Wahlunterlagen an alle stimmberechtigten Hessinnen und Hessen versandt werden. Diese Informationsbroschüre ist schon im letzten Stadium.

Die Enquetekommission hat mit der von einem Konsens aller Fraktionen getragenen Vorlage der Gesetzentwürfe ihren Arbeitsauftrag erfolgreich erfüllt. Zum Abschluss ihrer Arbeit muss die Kommission dem Landtag einen Bericht vorlegen und darin die Ergebnisse bewerten. Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Karin Müller. Sie hat den Berichtsentwurf vorgelegt, der Ihnen vor der Sitzung zugegangen sein müsste. Einige Exemplare liegen im Plenarsaal aus. – Ich erteile jetzt Frau Müller das Wort.

Abg. **Karin Müller (Kassel):** Vielen Dank, Herr Dr. Banzer. – Eigentlich ist es üblich, den Bericht vorzulesen. Darauf werde ich verzichten, weil Sie vorher hinreichend Zeit zum Lesen hatten. Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung machen.

Zuerst einmal ganz herzlichen Dank an Herrn Dr. Stomps für die Vorarbeit und natürlich an alle aus der Zivilgesellschaft für die Mitarbeit in diesem Gremium, durch die wir einen solchen Prozess und diesen Bericht zustande bekommen haben. Letzte Woche war der Abschluss des hessischen Schülerwettbewerbs der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Das war auch sehr schön. Ungefähr 200 Schülerinnen und Schüler konnten ihre Preise für die Arbeit zur Verfassung entgegennehmen. Das ist hier alles dokumentiert: der Schülerwettbewerb und auch das, was an den Universitäten stattgefunden hat.

Einen Bruch haben die Obleute festgestellt. Der Prozess der Meinungsbildung wurde nicht hinreichend dokumentiert. Er hat überwiegend in den Obleutegesprächen stattgefunden, die aber nicht Teil der Enquetekommission waren. Von daher enthält der

Bericht jetzt nur einen kurzen Hinweis auf die Ergebnisse, weil es vertrauliche Gespräche waren und die Ergebnisse nicht protokolliert worden sind.

Das soll es von meiner Seite gewesen sein. Ich freue mich über Anregungen oder Änderungswünsche. Wir Fraktionen sind uns darüber einig, dass der Bericht in der vorgelegten Form beschlossen werden kann.

Abg. **Christian Heinz:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem kurzen Dank an die Berichterstatteerin dafür beginnen, dass auch dieser Schritt der Enquetekommission zeitlich und inhaltlich so geklappt hat, wie er vorher angedacht war. Dieser Abstimmungsprozess am Schluss lief recht harmonisch. Wir hatten bei anderen Gremien im Landtag, die um Abschlussberichte hart gerungen haben und sich nicht verständigen konnten, schon anderes. Am Ende konnte sich zwar nicht jede Fraktion und jede gesellschaftliche Gruppe mit dem durchsetzen, was sie ursprünglich angestrebt hat – das gilt für unsere Fraktion, aber auch für alle anderen Gruppen –, aber es ist gleichwohl gelungen, aus vielen Hundert Ideen und Vorschlägen ein Paket zusammenzubinden, auf das sich die demokratischen Fraktionen des Landtags verständigen konnten. Es wird dem hessischen Staatsvolk in einem halben Jahr zur Abstimmung vorgelegt. Das ist ein historischer Erfolg, um den Kollegen Hahn aus der ersten Lesung zu zitieren.

(Abg. Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn: Danke, danke!)

Nach 72 Jahren ist es erstmals gelungen, hier im Landtag mehr als eine Einzeländerung zustandezubringen. Ohne das Ergebnis der dritten Lesung der Gesetzentwürfe vorwegzunehmen, ist das wirklich mit breitester Mehrheit in diesem Haus gelungen. Mehr hätte man sich zwar wünschen können, aber es ist aus meiner Sicht deutlich mehr als viele uns am Anfang zugetraut haben. Der Abschlussbericht rundet das Ganze ab, weil er so zustande gekommen ist, wie wir uns das gewünscht haben. Daher noch einmal vielen Dank an alle Beteiligten.

Unsere Fraktion wird dem Bericht heute so zustimmen.

Abg. **Norbert Schmitt:** Ich möchte mich zunächst einmal dem Dank an die Berichterstatteerin anschließen, aber auch Herrn Dr. Stomps danken, der viel dazu beigetragen hat, dass dieses Werk auf den Weg gebracht werden konnte. Natürlich danke ich auch den Damen der Geschäftsführung, die einiges Organisatorische leisten und viel, viel zusätzliche Arbeit einbringen mussten.

Ich danke aber auch den gesellschaftlichen Gruppen. Wir haben am Ende mehr erreicht als manche geglaubt haben. Es gab ja die große Befürchtung der gesellschaftlichen Gruppen, dass wir lange diskutieren und am Ende vielleicht gar nichts zustande kommt. Das gewählte Prinzip war der Konsens. Es stand die Ausgliederung der Linkspartei im Raum. Das fanden wir nicht so gut.

Es ist versucht worden, einen ganz, ganz großen Konsens auf den Weg zu bringen und Vorschläge aus gesellschaftlichen Gruppen aufzunehmen. Das ist nicht in allen Bereichen gelungen. Sie kennen die Auseinandersetzung um die Präambel. Aber auch da glauben wir, einen akzeptablen Weg gefunden zu haben, indem wir gesagt haben, wir bleiben bei dem Stand, der vor 72 Jahren an dieser Stelle festgelegt worden ist.

Es gab in den letzten Tagen Gespräche darüber, ob man die eine oder andere Anregung insbesondere zu Artikel 1 noch einmal aufgreifen sollte, also die Aufzählung besonderer Diskriminierungstatbestände. Da wir untereinander versprochen hatten, auch auf der letzten Wegstrecke im Konsens zu bleiben, ist uns das nicht gelungen. Der Konsens und 15 vorgelegte Vorschläge sind es wert, dass wir an der einen oder anderen Stelle nicht zusammenkamen. Jede hier vertretene Partei weiß, der Katalog der Wünsche war viel weiter. Wir haben es an einer Stelle dokumentiert, um das deutlich zu machen, nämlich bei der Frage der kostenlosen Bildung von Anfang an und bei dem Verbot von Studiengebühren. Aber der Katalog war natürlich weiter.

Ich fand den gemeinsam gegangenen Prozess sehr, sehr gut. Es ist die größte Änderung seit 72 Jahren. Ich darf auch für meine Fraktionskollegen sprechen, wenn ich sage, dass wir uns in der hier gepflegten Debattenkultur – sowohl untereinander als auch mit den gesellschaftlichen Gruppen – sehr, sehr gut und fast stilbildend fanden. Das ist im Hessischen Landtag und insbesondere in diesem Raum nicht immer so üblich. Es ist uns gelungen, viele Argumente auszutauschen und an der einen oder anderen Stelle den jeweils anderen zu überzeugen. Das ist übrigens auch ein Wert an sich.

Wir sind sehr zufrieden. Wir sind insbesondere auch mit dem Bericht zufrieden. Wir wollten, dass deutlich wird, was in den Obleutegesprächen stattgefunden hat. Wir haben keine Wortprotokolle, weil es vertrauliche Gespräche waren. Aber ich glaube, jetzt ist ausreichend dokumentiert, wie der Prozess war und wie man im Konsens zu diesen 15 Vorschlägen gekommen ist. Das ist ganz wichtig, weil es eine wichtige Gesprächsrunde war, um aufzunehmen, was in den Fraktionen und hier in der Enquetekommission diskutiert worden ist. Von daher ist es ein runder Bericht. Er ist sehr umfangreich und hat sehr, sehr viel Arbeit gemacht. Er dokumentiert unseren Nachfolgern aber auch bestimmte Sachen. Man sollte es eigentlich vermeiden, aber es wird nicht so kommen: Er wird auch dem Staatsgerichtshof bei dem einen oder anderen Artikel wertvolle Informationen darüber geben, was das Parlament und am Ende auch das Volk mit der jeweiligen Verfassungsänderung erreichen wollte. – Herzlichen Dank noch einmal.

Abg. **Dr. Ulrich Wilken:** Ich fange auch mit dem Dank an. Daran waren viele beteiligt. Ich danke ausdrücklich auch dem Vorsitzenden für die Arbeit. Herr Banzer, es war wichtig, dass wir das zusammen geschafft haben. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind damit beschäftigt gewesen, auch unsere Sachverständigen waren damit beschäftigt. Frau Müller, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, ohne Herrn Dr. Stomps wäre es auf den letzten Metern schlecht gegangen. Das sehen wir alle so. Wir sind in der Einschätzung dieses Prozesses wirklich sehr nah beieinander.

Für mich sind diese letzten zwei Jahre Arbeit an der Verfassung ein sehr gutes Beispiel dafür, wie Politik im Meinungsstreit im Parlament und in der Zusammenarbeit mit den ganzen außerparlamentarischen Gruppen usw. funktionieren kann. Wir haben an einigen Stellen grundsätzliche politische Differenzen. Das wird im Bericht deutlich. Das muss auch so sein. Das ist im demokratischen Wettstreit absolut notwendig. Dass wir an einigen Punkten grundsätzlich anderer Meinung sind, haben wir in der Enquetekommission gemeinsam ausgehalten. Das gibt der Bericht wieder. Deswegen ist er auch aus unserer Sicht voll zustimmungsfähig. Damit beschließen wir einen gemeinsamen Prozess der Arbeit der Enquetekommission. Die Verfassungsänderung wird selbstverständlich erst abschließend mit der Volksabstimmung erfolgen.



Ich beurteile das, was wir als Zivilgesellschaft, Parlamentarier, Sachverständige und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet haben, für ein gutes Beispiel dafür, wie Politik funktionieren kann.

Abg. **Frank-Peter Kaufmann:** Herr Vorsitzender! Verehrte Anwesende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich wird jetzt von allen Seiten Dank formuliert. Wir haben alle miteinander diejenigen zu danken, die uns zugearbeitet haben, diejenigen, die uns beraten haben, und vor allem diejenigen, die die Arbeit übernommen haben. Namen sind schon viele genannt worden.

Weil wir heute in dieser Runde beieinander sind, will ich mich besonders auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seitens der Zivilgesellschaft beziehen. Wir sind ganz sicherlich nicht immer einer Meinung gewesen. Aber es war auf jeden Fall eine fruchtbare und uns weiterbringende Diskussion.

Wir Grünen fanden das derart ermutigend, dass wir uns künftig ähnliche Vorgehensweise z. B. mit Gremien der Zivilgesellschaft vorstellen könnten, wenn wir Haushaltsberatungen durchführen. Viele Leute reden vom Bürgerhaushalt. Das ist bislang eine wichtige Forderung, die zumindest nicht voll befriedigend gelungen ist. Das könnte ein Ansatz sein. Sie merken daran, als wie wertvoll wir diese Hinweise empfunden haben.

Man soll sich nur geringfügig selbst loben, aber gelegentlich darf man das. Die Tatsache, dass es so gut abgelaufen ist, ist mit darin begründet, dass die Koalition, also die Mehrheit hier im Hause, von vornherein gesagt hat, wir werden uns nicht allein auf unsere Mehrheit stützen. Das wäre rechtlich völlig unstrittigerweise möglich gewesen. Aber dann wäre die vom Kollegen Schmitt schon beschriebene Atmosphäre so nicht zustande gekommen.

Wir haben das nicht gemacht, weil wir uns keine politische Kraft zutrauen. Wir haben das vor allem gesagt, weil eine Verfassung die Grundlage für alle ist. Es wäre kein gutes Signal, wenn eine Verfassung am Ende zwar vom Volk „abgesegnet“ und damit beschlossen wird, aber vorher in einem heftigen Streit politischer Richtungen entstanden ist und möglicherweise nur mit knappen Mehrheiten im Land beschlossen wurde.

Deswegen haben wir gesagt, wir wollen von vornherein den Konsens. Das heißt zwingend, dass die Mehrheit hier im Haus nicht allein von sich aus etwas machen kann und auch nicht von sich aus ohne die Abstimmung mit anderen etwas einbringen kann. Sonst würde es immer zu dem nicht gewünschten Ergebnis kommen können. Das hat natürlich dazu geführt, dass der eine oder andere Wunsch aus der Runde der Regierungsfractionen am Ende keinen Konsens gefunden hat. Das ist dem Verfahren geschuldet, das wir aus den geschilderten Gründen trotzdem für richtig halten. Wir freuen uns darüber, dass das fast alle hier ähnlich sehen.

Einen letzten Punkt will ich erwähnen, weil er mir wichtig ist. Wir hatten in den Jahren 2005 bis 2007 schon einen Anlauf, um die Verfassung zu ändern. Damals war sehr ernsthaft diskutiert worden, ob man das Verfahren zur Verfassungsänderung nicht auch ändern sollte – so wie die anderen Bundesländer –, von der Volksabstimmung abrücken und stattdessen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament vorsehen sollte. Das war diesmal zumindest aus den Reihen des Landtags gar kein Vorschlag mehr, weil wir längst die hohe Qualität erkannt haben, die dadurch gesichert wird, dass das Volk jedes Mal das entscheidende Votum abgibt.

Verfassungen sollen stabil sein und sollten nicht ihre ungefähr siebzigste Änderung vor sich haben, wie es beim Grundgesetz der Fall ist. Das ist besser, wenn wir mit einer stabilen Verfassung leben. Vor allem leben wir ganz gut damit, wie wir tagtäglich feststellen können. Ob der eine oder andere Begriff heutzutage noch dem regelmäßigen Sprachgebrauch entspricht oder man vielleicht ein bisschen anders formulieren würde, ist da weniger wichtig als die Tatsache, dass man mit der Verfassung sorgfältig umgeht. Das haben wir vom gewählten Verfahren her. Vom Änderungsverfahren her ist das wunderbar gesichert. Demzufolge sind wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden.

Abg. **Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn:** Ich schließe mich dem Dank aller meiner Vorredner an und hoffe, dass ich das nicht alles noch einmal wiederholen soll. Eines haben wir noch vergessen. Dafür, dass ihr eines für mich übriggelassen habt, bedanke ich mich bei den Vorrednern. Ich bedanke mich im Namen von uns allen bei unseren professoralen Beratern, die uns sehr weit getragen haben. Sonst fällt mir wirklich kein Dank mehr ein; jedem ist schon mindestens zweimal gedankt worden.

Ich möchte diese Wortmeldung nutzen, um dafür zu werben, dass sich die Menschen ein bisschen intensiver mit diesem Vorhaben auseinandersetzen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe immer Pech. Bei jeder Veranstaltung, die ich habe, bin ich schon recht zufrieden, wenn 35 bis 40 Leute da sind. Ich habe das Gefühl, die geringe Teilnahme liegt nicht an mir, sondern an dem Thema.

Ich war vor 14 Tagen auf Einladung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Hepenheim in dem Saal, in dem nicht nur die Liberalen gegründet worden sind, sondern wo auch vieles, was mit Staatsrecht zu tun hat, in den letzten etwa 250 Jahren geschehen ist. Es ist ein sehr großes Desinteresse da.

Wir hoffen, dass mit der Imagekampagne ein bisschen näher an die Menschen herankommen. Immerhin hat der Landtag 1,5 Millionen € dafür zur Verfügung gestellt. Meine Hoffnung ist aber sehr gering. Deshalb bitte ich darum, dass wir alle kräftig dafür werben. Wir müssen halt davon ausgehen, dass sich die Menschen im Hinblick auf den 28. Oktober offensichtlich intensiver mit der Frage beschäftigen, ob und wenn ja, welche Partei sie wählen, aber nicht damit, ob und in welcher Form sie an der Veränderung der Hessischen Verfassung teilnehmen. Deshalb lautet meine Bitte: werben, werben, werben und jedem erzählen, das ist die Grundlage des Zusammenlebens und nicht einfach Spaß.

**Vorsitzender:** Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Berichtsentwurf. Es geht darum, ob diese Enquetekommission beschließen will, dem Landtag den Berichtsentwurf als Bericht der Enquetekommission vorzulegen.

Wer dem zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich mit gewisser Freude fest, dass das einstimmig so beschlossen ist.

Dahinter steckt oft viel Arbeit, aber auch ein Sich-Zurücknehmen. Das ist gelungen. – Herzlichen Dank.

**Punkt 2:****Verschiedenes**

Der Vorsitzende lädt im Namen des Landtagspräsidenten zu einem Empfang ein, um sich symbolisch bei all denen zu bedanken, die in den letzten Monaten Zeit für das Projekt erübrigt haben.

Wiesbaden, 9. Mai 2018

Für die Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Michaela Öfftring

Jürgen Banzer